

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 26.02.2020

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Bahar Agirbas
Frau Brigitte Biermann
Herr Jens Burnicki
Frau Marlis Bußmann
Herr Yunus Cakar
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Herr Ugur Düger
Herr Ole Heimbeck
Herr Mehmet Ali Ölmez
Herr Ali Sedo Rasho
Herr John Jude Pirapakaran
Savarimuthu
Herr Sivasothy Varatharajah
Frau Frauke Viehmeister
Herr Cemil Yildirim
Herr Selim Yilmazer

Verwaltung:

Herr Leesemann (Dezernat Soziales)
Herr Maschmeier (Dezernat Oberbürgermeister)
Herr Hanke (Amt für Jugend und Familie – Jugendamt) (nach 18.00 Uhr)
Frau Isfendiyar (Kommunales Integrationszentrum)
Frau Bergen (Kommunales Integrationszentrum) (Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:

Herr Ölmez begrüßt die Anwesenden

Zu Punkt 1 Genehmigung der Niederschriften

Die Genehmigung der Niederschriften wird auf die nächste Sitzung verschoben, da die Ratsmitglieder keinen Zugang zu den Dokumenten hatten.

Zu Punkt 2 Mitteilungen

- Frau Isfendiyar informiert, dass laut Bürgeramt vor der Integrationsrats-Wahl am 13.09.2020 eine Wahlordnungs-Anpassung notwendig ist, die z. Z. vorbereitet wird. In der Sitzung am 25.03.2020 werde Frau Göbel vom Wahlamt informieren. Es seien Infoveranstaltungen vom KI geplant und Flyer würden entwickelt und verteilt. Sie führt aus, dass Eingebürgerte die Aufnahme ins Wählerverzeichnis beantragen müssen. Frau Adilovic merkt dazu an, dass der Landesintegrationsrat (LAGA) sich am 14.03. zu den oben genannten Punkten trifft. Frau Mavreli sei nicht mehr in der LAGA vertreten.
- Sie weist daraufhin, dass die „Aktionswochen gegen Rassismus“ im März beginnen und die Programmhefte zur Verfügung stünden. Am 19.03. wäre die Hauptveranstaltung ein Vortrag von Maria Castro Varela zu „Solidarität in rassistischen Zeiten“.
- Frau Isfendiyar informiert, dass in der Übersicht über die Vergabe der Landesmittel „KOMM-AN“ (TOP in der vorhergehenden Sitzung) versehentlich das Jugendzentrum Zefi in der Gesamtberechnung berücksichtigt aber nicht namentlich aufgeführt war. Dieses sei zu korrigieren.
- Der Vorsitzende thematisiert die geplante Veranstaltung „Islam in Europa“, die auf einem Antrag von Frau Viehmeister basiert. Herr Burnicki, Herr Yilmazer und Frau Adilovic diskutieren, über Ziel, Hintergrund und Format der Veranstaltung. Es solle eine moderierende Veranstaltung werden, so Yilmazer. Man ist sich einig, die Veranstaltung in diesem Jahr nicht durchzuführen, sondern zu verschieben und eine Arbeitsgruppe dazu zu bilden, die die Diversität des Islam berücksichtigen soll.
- Frau Bußmann fragt, ob der Vorstand des Integrationsrats eine Erklärung zu dem Anschlag in Hanau abgegeben habe. Frau Adilovic erklärt dazu, dass eine öffentliche Aktion des Bündnisses „Wir sind viele“ geplant sei.

Zu Punkt 3 Anfragen

Herr Yilmazer möchte Informationen zu den Änderungen bezogen auf das Bildungs- und Teilhabepaket und den Stand der Umsetzung dazu in der Stadt Bielefeld.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

. / .

-.-.-

Zu Punkt 5 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2020/2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10155/2014-2020

Herr Hanke erläutert die Planungsvorlage zur Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2020/2021 (s. Anlage), die in weiteren Gremien schon beschlossen wurde. Deswegen habe er zunächst auf eine Berichterstattung verzichtet. Sechs Kita seien 2020 gebaut worden, sechs weitere noch im Bau. Weitere Kita seien noch in der Planung. Herr Burnicki und Herr Heimbach haben Rückfragen zur Planung. Frau Biermann führt aus, dass der Integrationsrat ein besonderes Augenmerk auf die Kindergartenversorgung lege, welche eng mit Integration und Teilhabe verbunden sei. Herr Hanke erläutert die Planungsvorlage zur Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2020/2021 (s. Anlage), die in diversen Gremien schon beschlossen wurde. Sechs Kita seien 2020 gebaut worden, sechs Kita seien noch im Bau. Weitere Kita seien noch in der Planung. Herr Burnicki und Herr Heimbach haben Rückfragen zur Planung. Frau Biermann führt aus, dass der Integrationsrat ein besonderes Augenmerk auf die Kindergartenversorgung habe, welche eng mit Integration und Teilhabe verbunden sei.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt auf Basis der Vorlage 10155/2014-2020:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2020/2021 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2020 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.043 + 920 = 13.963) und der Gesamtzahl der Plätze (14.050) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine

Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 156 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Tagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden. Plätze für Schulkinder werden nicht angemeldet.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushalte 2020 und 2021 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

Gruppenform	Platzzahl Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Tagespflege
I= Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	151	1.177	3.319
	Ib (35 Std.)	1.974		
	Ic (45 Std.)	2.371		
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	17		
	IIb (35 Std.)	881		
	IIc (45 Std.)	1.071		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	403		403
	IIIb (35 Std.)	2.965		2.965
	IIIc (45 Std.)	3.210		3.210
Summe	13.043	3.146	9.897	920 davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zu Punkt 6

Weiteres Vorgehen im Hinblick auf die Verwendung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10250/2014-2020

Herr Leesemann berichtet zu der Informationsvorlage 10250/2014-2020. Einzelne Vorhaben, die auf Beschlüssen (Drs.Nr. 9393/2014-2020) beruhen, würden noch konkretisiert.

Frau Adilovic begrüßt den Antrag der FDP vom 18.02.2020 zur Schaffung eines Beratungsprogramms zur Unternehmensgründung von Migrantinnen und Migranten. Die Verwaltung habe sich zwischenzeitlich mit dem Beschluss des SGA zur Vorlage 9393/2014-2020 befasst. Frau Biermann fragt sich, wann die Anträge im SGA und Schulausschuss gestellt wurden.

Frau Dogan-Alagoz ist irritiert hinsichtlich des Punktes „Konzepte/Projekte/Maßnahmen von Migrantenorganisation“. Sie frage sich, ob schon Anträge gestellt werden können. Herr Leesemann erläutert, dass zunächst noch Beschlussvorlagen erstellt würden. Frau Adilovic stellt richtig, dass das Vorhaben „Konzepte/Projekte/Maßnahmen von Migrantenorganisation“ eher ein Vorhaben des „Integrationsrats“ wäre.

Herr Burnicki weist auf die Maßnahme „Grüner Würfel“ hin, diese solle nicht aus dem Auge verloren werden. Er sehe das Vorhaben nicht als Themenfeld der Integration. Beschlossen würde in der nächsten Sitzung. Frau Adilovic möchte wissen, wann der Sachstandbericht zu den Unternehmensgründungen käme. Herr Leesemann antwortet, dass es auch dazu bald einen Bericht gäbe.

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt die Vorlage Drucksachennummer 10250/2014-2020 zur Kenntnis.

Zu Punkt 7

"Sichere Häfen" - Aufnahmeinitiative für NRW

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10268/2014-2020

"Sichere Häfen" - Aufnahmeinitiative für NRW - ergänzende Informationen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10416/2014-2020

Frau Adilovic und Frau Bußmann begrüßen die Initiative des Oberbürgermeisters. Herr Maschmeier berichtet über die Beschlussvorlage und die ergänzende Informationsvorlage zu dem Bündnis „Sichere Häfen“ (siehe Anlage). Herr Yilmazer fragt, wie man auf die Zahlen 90 und 10 gekommen sei. Herr Maschmeier führt aus, dass die Kapazitäten in den Unterkünften erhoben wurden. Frau Bußmann weist auf die Signalwirkung dieser Initiative hin, an der sich auch andere Kommunen orientieren.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss und dem Rat zu beschließen:

1. Die Stadt Bielefeld bietet 90 zusätzliche Aufnahmeplätze für hilfsbedürftige Personen in prekären humanitären Situationen in den griechischen Auffanglagern an. Die Bundesregierung wird aufgefordert, verstärkt von Artikel 17 Dublin-III-VO Gebrauch zu machen und die von der Stadt Bielefeld und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen. Ein entsprechendes Angebot soll der griechischen Regierung unterbreitet werden. Das Land Nordrhein-Westfalen wird gebeten, seine Bereitschaft zu erklären, diese Personen ohne Anrechnung auf die EASY (Erstverteilung der Asylberechtigenden) -Quote aufzunehmen. Die Stadt Bielefeld erklärt sich bereit, diese Geflüchteten in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote und unter Anwendung der aktuellen Kostenregelungen aufzunehmen. Die Kapazitäten zur Unterbringung sind vorhanden.
2. Die Stadt Bielefeld bietet darüber hinaus zusätzlich 10 Aufnahmeplätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus griechischen Auffanglagern an und sichert die Unterbringung in Einrichtungen auf ihrem Gebiet zu. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Verfahren zur Übernahme dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nach Deutschland zu schaffen. Die 10 jungen Geflüchteten können nach dem Clearing-Verfahren in Bielefeld unter Anwendung der aktuellen Kostenregelung verbleiben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiterhin mit den NRW-Kommunen „Sichere Häfen“ auszutauschen, hinsichtlich kommunaler Unterstützungsaktivitäten humanitärer Hilfsangebote abzustimmen und die Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene einzubringen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Vereinsjubiläen

Frau Bergen erläutert die vorgelegte Tabelle zur Kostenkalkulation der Vereinsjubiläen. Frau Biermann vermisst den ursprünglichen Antrag von Frau Adilovic und die Kriterien für die Vergabe von jeweils 500 € aus Anlass des Jubiläums. Frau Adilovic bekräftigt ihr Anliegen bzw. ihren Antrag und möchte diesen an die Kostenkalkulation anpassen. Frau Bußmann begrüßt das Vorhaben, die Migrantenvereine auch explizit ohne Kriterien zu würdigen. Frau Adilovic, Herr Burnicki, Frau Dogan-Alagöz, Herr Düger und Frau Bußmann diskutieren über das Für und Wider. Es wird thematisiert, dass es die Möglichkeit gäbe, Projektmittel zu beantragen. Andere etablierte Vereine erhielten auch keine finanzielle Würdigung seitens der Kommune.

Frau Biermann und Herr Burnicki erwarten umfassende Informationen und Kriterien zur Auswahl der Vereine und eine Perspektive, wie mit den finanziellen Mitteln verfahren würde.
Frau Adilovic erläutert, dieses werde in der nächsten Sitzung eingebracht.

-.-.-

Nichtöffentliche Sitzung:

Zu Punkt 9

**Genehmigung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift
über die 44. Sitzung des Integrationsrates am 29.01.2020**

Die Genehmigung der Niederschrift wird auf die nächste Sitzung verschoben, da die Ratsmitglieder keinen Zugang zu den Dokumenten hatten.

-.-.-

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Mehmet Ali Ölmez

M. Bergen (Schriftführung)